

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 144

Ercheim täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.
Zugpreis: Vierteljährlich durch die Post 1.45,—
monatlich M. 15,—

Halver

Donnerstag, den 22. Juni 1922

60 Blg., auswärts 70 Blg., im Heftenformat 1 mm hoch
40 mm breit 3.00 M.
Offerten-Befragung 3.00 M.

22. Jahrgang

Meine Zeitung für eilige Leser.

* Poincaré und Lloyd George haben vereinbart, daß bis zu einer für später geplanten neuen Zusammenkunft zwischen ihnen keine Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden sollen.

* Die Beratungen der Parteien über die Getreideumlage haben die Wahrscheinlichkeit einer Mehrheit für die Regierungsvorlage sehr vergrößert.

* Polnisches Militär ist in Rattowitz und deutsche Reichswehr in Kreuzburg und Oberglogau eingerückt.

* In den Alpen ist Schneewetter eingetreten. Am Wahmann sind mehrere Touristen im Schneesturm umgekommen.

* Von dem im Hamburger Hafen gesunkenen Dampfer „Abare“ wurden weitere zehn Tote geborgen.

Nach dem Frühstück.

Ohne den gewaltigen Apparat der allzu üppig ins Kraut geschossenen Konferenzen haben diesmal Lloyd George und Poincaré sich in London zusammengefunden und im Anschluß an ein gemeinsames, in kleinem Kreise eingenommenes Frühstück der Lösung jener großen Fragen näherzukommen gesucht, die die europäische Politik nun schon seit Jahren nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Bei Kaffee und Zigarren läßt sich auch ungewohnt gemüthlicher und fruchtbringender sprechen als vor einem Parterre von Zuhörern, die mehr auf Konflikte und Sensationen als auf Ausgleich und Verständigungen eingestellt sind.

Was aber ist nun diesmal bei dem Stillschicken zu zweien herausgekommen? „Neuter“ sagt sich kurz und teilt lediglich mit, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit aber würden Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen. Die französische Nachrichtenagentur ist wortreicher, ohne in der Sache selbst mehr zu verraten. Ihr zufolge würde indessen nicht die Reparationskommission, sondern das jetzt in Berlin eingeflossene Garantie-Komitee die neue Untersuchung über die Lage der deutschen Finanzen vornehmen und seinerseits darüber nach London und Paris Bericht erstatten. Dem französischen Ausgangspunkte in seinem ganzen Verhalten uns gegenüber entsprechend wird dann noch hinzugefügt, daß, wenn Deutschland sich weigere, die nun zu verhängenden Kontrollmaßnahmen anzunehmen, oder sie umgekehrt, nachdem es sie angenommen habe, eine beabsichtigte Verschärfung feststellt und danach die entsprechenden Maßnahmen ergreifen werden würden. Anders tun es nun einmal die Herren Franzosen nicht — deutsche Verschärfungen sind das zweite Wort, das sie im Munde führen, dessen sie nicht entraten können, wenn und solange und so oft im Verhältnis zu uns von Krieg und Frieden und von Kontribution die Rede ist.

Aus der Verschiedenheit der englischen und französischen Berichterstattung über die Londoner Frühstückunterhaltung kann mit ziemlicher Sicherheit die Tatsache entnommen werden, daß fort gerade über die Unmöglichkeit dieses Ausgangspunktes, sei es direkt, sei es indirekt, verhandelt worden ist. Die Engländer sind nüchtern genug, die Dinge nun doch schon etwas mit anderen Augen anzusehen, während die Franzosen es nicht besser wissen oder gar nicht besser wissen wollen, als daß lediglich schlechter Wille auf unserer Seite die europäischen Völker immer noch in Atem hält. Hat Herr Poincaré nicht einmal die Denkschrift des Internationalen Bankkomitees eines besseren belehrt, so muß er auch den Nachweisungen Lloyd Georges und seiner Ministerkollegen gegenüber zum mindesten nach außen hin den Anschein aufrecht erhalten, als wenn sich an seiner Grundauffassung der Verhältnisse nichts geändert habe. Wieder einmal ist deshalb irgendeine materielle Entscheidung in der brennenden Reparationsfrage um Wochen hinausgeschoben worden, wieder einmal muß die Lage unserer Finanzen noch erst gründlich „untersucht“ werden — als wenn nicht nachgerade bereits jeder Dilettant mit ihr einigermaßen Bescheid wüßte.

Im Hintergrunde dieser Verschleppung schimmert aller Wahrscheinlichkeit nach die Hoffnung auf Konflikte zwischen dem neu auftretenden Garantiekomitee und der deutschen Regierung. Seine Befugnisse will natürlich Herr Poincaré soweit als möglich gezogen wissen, und von der Tatsache, daß Deutschland sich mit der Einführung dieser Finanzkontrolle nur unter der Voraussetzung des vorherigen Zustandekommens einer großen Anleihe einverstanden erklärt hat, weiß der französische Ministerpräsident überhaupt nichts mehr. Die deutsche Regierung dürfte aber in diesem Punkte doch wohl ihre frühere Auffassung nicht so ohne weiteres preisgeben. Ob sie bisher alles getan hat, um den grundsätzlichen Standpunkt ihrer Antwortnote vom 31. Mai mit dem notwendigen Nachdruck aufrechtzuerhalten, mag vielleicht zweifelhaft erscheinen. Inzwischen aber ist der Reichstag wieder zusammengetreten, und von ihm ist nicht zu erwarten, daß er geneigt sein wird, die Regierung zu vorbehaltloser Unterwerfung unter die Forderung des Garantiekomitees zu bevollmächtigen. Die Möglichkeit zu neuen Konflikten ist also in der Tat gegeben — wenn die unhaltbare Betrachtungsweise der Franzosen auch innerhalb der Reparationskommission Sieger bleibt. Wird Herr Poincaré gewillt und in der Lage sein, bis Ende Juli sich und die Kammer endlich eines besseren zu belehren? Wenn nicht, hätte man sich die Kosten der nächsten „Untersuchung“ wirklich sparen können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Volkseinsatz in Sachsen gesichert.

In der Zeit vom 6. bis 19. d. Mts. lagen in ganz Sachsen Eintragungslisten zum Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volkseinsatzes über die Auflösung des Landtages auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gesetzlich ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Dieses Zehntel beträgt rund 297 000. Die Parteien der Linken hatten ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen. Die erforderliche Zahl ist um weit mehr als 100 000 Stimmen überschritten worden. Wahrscheinlich wird sogar die Zahl von 500 000 erreicht werden.

Eine sächsische Denkschrift zur Teuerung.

Die sächsische Regierung hat soeben an die Reichsregierung und an den Reichsrat eine Denkschrift über die zunehmende Teuerung gerichtet. Darin wird gesagt, die jetzigen Preiserhöhungen lasse sich keinesfalls mehr durch den niedrigen Stand der deutschen Wärla rechtfertigen. Die ungeheure Teuerung sei auch durch keinerlei Lohn- und Gehaltssteigerungen mehr völlig auszugleichen. Das bedeute, daß eine beständige Herabdrückung der Lebensweise der wirtschaftlichschwachen, nur auf Gehalt oder Lohnverdienst angewiesenen Menschen stattfindet. Die Hauptschuld an der übermäßigen Preistreiberie liege bei den Erzeugern in weiten Gebieten der Industrie und Landwirtschaft. Um eine Herabsetzung der Endpreise zu erreichen, müsse deshalb bei den Erzeugern angefangen werden. Es werden dann verschiedene Reformvorschlüge gemacht, z. B. Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Inlandszucker. Von der Reichsregierung werden durchgreifende Maßnahmen gegen Wucherer und Schieber verlangt, wenn nicht schwere soziale Erschütterungen eintreten sollen.

Deutsch-Osterreich.

X Der neue Finanzplan der Regierung ist fertiggestellt. Als Garantie für die von der Notenbank auszugebenden Goldobligationen wird eine Generalhypothek auf alle Liegenschaften in Vorschlag gebracht. Das ganze Steuerwesen soll von Grund auf reformiert werden. Die bestehenden Steuern und Gebühren erfahren sehr beträchtliche Erhöhungen. An neuen Steuern ist eine Kapitalzuwachssteuer in Aussicht genommen. Die Zölle werden effektiv gegen Gold bezahlt werden müssen. Die industriellen Betriebe des Staates sollen, soweit nicht besondere Interessen vorhanden sind, der Privatwirtschaft übergeben werden. Das Tabakmonopol und die Eisenbahn bleiben vorläufig noch im Betriebe des Staates. Im Mittelpunkt aller Erspürungen steht die Frage des Beamtenabbaues. Auch die Wehrmacht soll auf die Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes reduziert werden.

X Die Wahlen im Burgenland. Das voraussichtliche Ergebnis der Nationalratswahlen im Burgenland ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhielten 4 und die Christlich-Sozialen 2 Mandate. Die restlichen Mandate werden entweder auf die Bauernbündler entfallen, oder Bauernbündler und Großdeutsche werden je ein Mandat erhalten. Das Ergebnis der Landtagswahlen im Burgenland ist wahrscheinlich folgendes: 12 Sozialdemokraten, 9 Christlich-Soziale, 6 Bauernbündler und 3 Großdeutsche. Hierzu kommen 3 Mandate der Reststimmen.

Frankreich.

X Französische Vorbehalte für den Haag. In der vorbereitenden Kommission der Haager Konferenz erklärte der französische Delegierte, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen handle und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich, wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gebe.

Großbritannien.

X Die Londoner Konferenz der Zweiten Internationale nahm vor Beendigung ihrer Verhandlungen Entschlüsse an, in denen erklärt wird, daß die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen kann, mit der Dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiederherstellung internationaler Gesichtspunkte zu erwägen, welche die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind.

Aus-In- und Ausland.

Berlin. Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung mit den Vertretern der Parteien über die Änderung der bisherigen Wahlkreise statt; die Regierung hat einen Gesetzentwurf als Anhang zum Reichswahlgesetz ausgearbeitet.

Köln. Die Verhandlung des Prozesses gegen Smeets wegen Verleumdung der Kölner Polizei endete mit einer Verurteilung des Separatistenführers zu zwei Monaten Gefängnis, die mit drei früheren Strafen zu acht Monaten und zwei Wochen Gefängnis zusammengezogen wurden.

München. In der Festungshaftanstalt Nibersdörfer ist der kommunistische Abgeordnete Sauer zum Protest gegen die Verhängung der Einzelhaft in den Hungerstreik eingetreten.

Saarbrücken. Die saarländische Schulverwaltung hat angeordnet, daß die Eltern beim Fernbleiben ihrer Kinder vom „wahlfreien“ französischen Sprachunterricht zu bestrafen seien, obwohl seinerzeit ausdrücklich versichert worden war, daß die Meldungen jederzeit zurückgenommen werden könnten.

Rattowitz. Der vorläufige Volkswirtschaftsrat nahm eine Verordnung, die die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs verbietet, an.

Junssbrud. Anlässlich der dritten Bundestagung des Andreas-Hofer-Bundes fand am Berg Isel vor dem Andreas-Hofer-Denkmal eine Kundgebung statt, die in ein Treuegelöbniß an den Geist Andreas Hofers ausklang.

Moskau. Amtlich wird mitgeteilt: Die Gerüchte, daß infolge der Erkrankung Lenins ein Direktorium ernannt sei, sind völlig grundlos.

Deutscher Reichstag.

(220. Sitzung.)

OB. Berlin, 20. Juni.

Die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung an erster Stelle stehende Interpellation der Deutschnationalen, über die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung wird, wie die Regierung erklären ließ, innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Hierauf wurde der Entwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren an den Rechtsausschuß verwiesen und alsdann wurde die

Beratung der Getreideumlage fortgesetzt.

Abg. Diez (Zentrum) erklärte, daß nur die freie Wirtschaft die Möglichkeit gewähre, die Erzeugung der Landwirtschaft zu steigern. Die Frage muß mit größter Ruhe und Unparteilichkeit behandelt werden. Die Frage des Preises sei die Hauptfrage. Wogegen sich die Landwirtschaft mit Entschiedenheit wehre, sei, daß sie allein die Hauptlasten tragen solle. Vielleicht könnte die Arbeiterschaft zu den Kosten beitragen, indem sie überbunden leistet, deren Ertrag für die Getreidebeschaffung verwertet werden kann. Weiter bemerkte der Redner, daß das Reich auf die Umschlagsteuer für Getreide, Mehl und Brot verzichtet und daß ein Zuschlag auf das marktfreie Brot eingeführt werden sollte. Das Zentrum behalte sich seine Stellung zur Umlagefrage bis zur weiteren Klärung vor, lehne es aber schon jetzt ab, daß die Landwirtschaft allein mit den erhöhten Kosten der Broternährung belastet werde.

Abg. Duffe (Deutsche Volksp.) machte darauf aufmerksam, daß sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen, daß ferner der Deutsche Landwirtschaftsrat, mithin die Vertreter von mehr als 15 Millionen Landwirten, sich einstimmig gegen eine erneute Umlage ausgesprochen haben. Weiter erklärte er: Ich trete beiseite ein für die Pflicht der deutschen Landwirtschaft zur Ernährung unseres deutschen Volkes. Man ersinnere sich, doch nicht unnötig die Erfüllung dieser Pflicht und mache sie nicht durch derartige Maßnahmen geradezu zur Unmöglichkeit. Unser Standpunkt zur Vorlage ist klar und folgerichtig. Die freie Wirtschaft wird gefördert in unserem Programm. Die Zwangswirtschaft bringt einen Mangel der Produktion mit sich. Die Landwirtschaft ist bereit, dem Minister 2 Millionen Tonnen Getreide zur rechten Zeit zur Verfügung zu stellen. Wir haben nichts dagegen, daß den Minderbemittelten das Brot billiger gegeben wird, aber man muß bei der Auswahl vorsichtig sein. (Zurufe von links: „Der gesamte Arbeiterstand ist minderbemittelt!“) Darüber läßt sich streiten, aber weite Kreise des früheren Mittelstandes können sich nicht mehr ausreichend ernähren. Eine Verteuerung des Brotes ist freilich auf keinen Fall aufzuhalten.

Abg. Ziesemann (Demokrat) erklärte: Meine Partei hofft, daß die Parteien sich in dieser schwierigen Frage noch zusammenfinden. Wir Landwirte haben wohl Verständnis für die Not weiterer Kreise, aber es ist seit dem Kriege zu viel Erlassungspolitik getrieben und zu wenig produktionsfördernde Politik. Darum drängt die Landwirtschaft nach freier Wirtschaft. Wir hoffen, daß die Umlage, wenn sie nicht zu vermeiden ist, so gestaltet wird, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird.

Abg. Dr. Heim (Bayer. Volksp.): Die Vorräte der vorigen Ernte reichen bis tief in den November hinein. Über die neue Ernte kann man noch nicht urteilen. Durch Umlage 4½ Millionen Tonnen herauszuholen zu wollen, ist ganz unsinnig. Man hat im vorigen Jahre den Bauern gesagt, diese Umlage ist eine einmalige. Sie ist ein Übergang zur freien Wirtschaft. Jetzt müssen wir damit rechnen, daß die Umlage als Dauermaßnahme in Betracht gezogen wird.

Als eine dauernde Einrichtung sind so hohe Maßstäbe unmöglich, wie sie der Umlagevorlage zugrundeliegen, führt Dr. Heim weiter aus. Mit Zwang wird hier nichts erreicht. Der Redner erläuterte ausführlich die Ursachen der gegenwärtigen Ernährungskrisis, wobei er auf unsere Beziehungen zu Ausland zu sprechen kam, und erklärte: „Von Kapallo erwarte ich gar nichts.“ Zum Schluß erklärte sich der Redner gegen die Vorlage und empfahl die Bildung von Gesellschaften nach dem Muster der bayerischen Konsumgenossenschaften.

Abg. Heidemann (Komm.) begann mit Ausfällen gegen den Reichstanzler, der sich zu der Rede des Abg. Dr. Heim eingefunden hatte. Diese Ausfälle veranlaßten den Kanzler, den Saal zu verlassen. Weiter erklärte sich der Redner gegen die Vorlage, weil sie nicht weit genug gehe.

Nach Schluß der Debatte wird die Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

Preussischer Landtag.

(151. Sitzung.)

4. Berlin, 20. Juni.

Die Spezialberatung des Etats des Innern wird fortgesetzt. Der Fonds für Schenkengülden und Schenkentöne wird bewilligt, ebenso der Etat für die Schutzpolizei. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Besprochen werden zunächst Ernährungsfragen.

In Verbindung mit einer Reihe von Anträgen auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, Milch, Zucker usw. Abg. Peters-Hochdam (Soz.): Die Entscheidung darüber, wie die Ernährung des deutschen Volkes sich gestalten soll, wird in diesen Tagen im Reichstage fallen. Zu der alten Wirtschaftspolitik können wir nicht zurückkehren. Die volle freie Wirtschaft ist nicht möglich. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben aus der Getreideumlage eine Propagandaaktion gemacht. Sie rufen zum offenen Widerstand gegen die Regierungsanordnungen auf. Abg. K. L. Ost-Essen (Zentr.): Der deutsche Reichs-Landbund treibt eine Agitation gegen die Umlageabsichten der Regierung, die über das Maß des Erlaubten hinausgeht. Man will damit eine Krisis erzeugen, dabei sollte man das Gemeinwohl des Volkes im Auge behalten.

Abg. Schlang-Schönningen (Deutsch.): Der Widerstand gegen das Umlageverfahren kommt nicht allein aus den Kreisen des Reichs-Landbundes; auch die Bauernbünde des Zentrums sprechen sich entschieden gegen die Getreideumlage aus. So der Rheinische Bauernbund. Abg. Schifftan (Deutsche

Wollspinnerei: Die Regierung bitte ich, das Reichsbeschäftigtenministerium zu einer Tarifpolitik zu bringen, die die Versorgung der Bevölkerung und Industriezentren sichert.

Aber das Verhältnis von Lebensmittelpreisen und Löhnen führt Ministerpräsident Braun aus: Was die Lebensmittelpreissteigerung anbelangt, so ist festzustellen, daß die Beamtengehälter um das 7- bis 8fache gestiegen sind, je nach den einzelnen Gruppen, die Arbeiterlöhne durchschnittlich um das 25fache, die Lebensmittelpreise aber um das 60- bis 70fache und die Bekleidungspreise um das 80- bis 100fache. Da kann man von den Arbeitern nicht die Leistung von zwei Umlagestunden zu geringeren Löhnen verlangen. Da muß am andern Ende angegriffen werden. Die Landwirte leiden unter der Geldentwertung lange nicht so als andere Kreise. Der Widerstand gegen die Getreideumlage ist nicht berechtigt, letzten Endes wird er zum Schaden der Landwirtschaft selbst ausschlagen. Ein Volkseinkauf würde zu Ungunsten der Landwirte ausfallen. Schrankenlose Preisfreiheit führt zur Lähmung, nicht zur Stärkung der Landwirtschaft. Der Ackerbau hat auch Verpflichtungen dem Volke gegenüber. Wenn Sie (nach rechts) die Volksmassen in Bewegung setzen, so spielen Sie mit dem Feuer, die Hungernden werden zur geschlossenen Masse. Die Staatsregierung ist gesonnen, den Kampf aufzunehmen gegen die, die ihr eigenes Interesse über das allgemeine Wohl des Volkes setzen. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Es muß alles geschehen, der Feuerzunge entgegenzuarbeiten, sie hat ihre Ursache im verlorenen Krieg, den Landverlust durch den Versailler Friedensvertrag. Die Gegenmittel liegen in der Erhöhung der Erzeugung und Vermehrung der Einfuhr.

Um die Wahrung der Finanzhoheit.

Regierung und Garantienkomitee.

Der Hauptpunkt der Verhandlungen, die in diesen Tagen zwischen der Reichsregierung und dem nach Berlin gekommenen Garantienkomitee geführt werden, ist die Frage, inwieweit die in der letzten deutschen Note grundsätzlich zugesagte Finanzkontrolle der Reparationskommission über Deutschland tatsächlich durchführbar erscheint. In Bezug auf die Prüfung der deutschen Einnahmen und Ausgaben ist daran festzuhalten, daß

die Steuerhoheit Deutschlands

unter allen Umständen unangefastet bleiben muß. Die deutsche Verwaltung ist ein aufs feinste ausgearbeitetes Instrument. Ein ungewollter Eingriff von außen in diesen komplizierten Apparat würde die schwersten Störungen hervorrufen, und es würde eine gesamte Funktions- und Verwaltungs- und Wirtschaftsförderung herbeigeführt und ein Zustand geschaffen, den man schon im Interesse der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu vermeiden suchen muß. Besonders in der Steuerverwaltung ist unser Apparat ohnehin schon so belastet, daß neue und plötzliche Änderungen das Gegenteil des erhofften Erfolges hervorbringen. Weiter ist daran festzuhalten, daß das Steuergeheimnis des einzelnen unbedingt gewahrt bleiben muß. Dies ist ein Grundsatz, der in allen modernen Rechtsstaaten Geltung hat, und gerade Frankreich hat immer diesen Grundsatz in den Vordergrund gestellt.

Kapitalflucht und Statistik

sind die beiden anderen Beratungsgegenstände des Garantienkomitees. Zur Verhinderung der Kapitalflucht ist, worauf von deutscher Seite immer wieder hingewiesen wurde, die Zusammenarbeit aller Staaten notwendig. Es ist anzunehmen, daß von deutscher Seite dem Komitee Vorschläge hinsichtlich des erfolgreichen Zusammenarbeitens gemacht werden. In der Frage der Statistik besteht auch in Deutschland der Wunsch, unsere Statistik wieder auf den Grad der Exaktheit zu bringen, der sie in der Vorkriegszeit ausgezeichnet hat. Wenn die Garantienkommission in dieser Beziehung bestimmte Vorschläge machen wird, dürfte eine Einigung wohl zu erzielen sein.

Die Russen und wir.

Eine Rechtfertigung des Rapallovertrages.

Der deutsch-russische Vertrag, der auf der Genuefer Konferenz abgeschlossen wurde, hat viele Angriffe erfahren, wurde jedoch stets mit dem Hinweis darauf verteidigt, daß ohne diesen Vertrag Rußland mit der Entente unter Ausschluß Deutschlands zu einem für uns nachteiligen Abkommen gelangt wäre. Diese Auffassung wird jetzt von Tschitscherin selbst bestätigt, der einem Berliner Pressevertreter erklärte: „Da wir zu Deutschland kein vertraglich geregeltes Verhältnis hatten, konnten die Verhandlungen insofern für Deutschland gefährlich werden, als zwischen Deutschland und uns gegenseitig keine Verpflichtungen bestanden, und wir angesichts der allgemeinen Lage unsere Handelsfreiheit hätten aus-

nutzen müssen. Insofern also hätte der Nichtabschluß des Rapallovertrages für Deutschland schlimme Folgen haben können.“

Im übrigen ist Tschitscherin bemüht, die Bedenken, die man in Deutschland und im übrigen Europa gegen die russische Politik hegt, nach Kräften zu zerstreuen. Er betont, die Versorgung, daß Rußland versuchen würde, den Bolschewismus auch in Deutschland durchzusetzen, sei unbegründet. Zwischen der Sowjetregierung und der Dritten Internationale bestehe keinerlei Zusammenhang. Die Russen hätten niemals wirklich daran gedacht, das kommunistische System durchzuführen, sondern strebten immer nur eine Verbindung des tatsächlichen Möglichen mit der kommunistischen Grundidee an. Aber dies festigte sich auch der Rubel dadurch, daß die russische Regierung den Druck von Papiergeld so weit irgend möglich einschränkte. Man könne hoffen, daß eine mittlere Ernte erzielt werde und daß man der Hungersnot allmählich Herr werden könne.

Allgemeiner Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 20. Juni.

Am ersten Verhandlungstage folgte auf die Neben der Minister nach der Vorstandsbericht, den der Bundesvorstand der Leipziger erstattete. Er behandelte besonders eingehend die Haltung der Bundesleitung während des Eisenbahnerstreiks. Beim Eisenbahnerstreik, so führte er aus, ist die Reichsgewerkschaft in den Kampf gegangen, ohne sich mit dem Beamtenbund und mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zu verständigen, ohne alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Ein Eisenbahnerstreik darf nicht mit irgend einem anderen Streik verwechselt werden. Seine Folgen sind für die Bevölkerung und besonders für die Arbeiterklasse sehr schwer, daß wir uns verpflichtet fühlten, den Eisenbahnerstreik erst nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten und nur als wirklich allerletztes Mittel zu billigen. Die Reichsgewerkschaft hat durch die Art ihres Vorgehens das Streikrecht der Eisenbahnbeamten selbst gefährdet. Trotz aller Lohn- und Gehaltssteigerungen verschlechterte sich die Lage der Arbeiterklasse von Tag zu Tag. Als Ursache empfahl man uns die Verlängerung der Arbeitszeit. Alle Angriffe gegen den Achtstundentag werden wir auf das entschiedenste zurückweisen. Wir treten für die Erfüllungspolitik ein, geben aber die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse nicht auf.

Der zweite Verhandlungstag brachte die Debatte über diesen Geschäftsbericht, wobei zunächst ein kommunistischer Delegierter scharfe Kritik übte, auf den ein Vertreter der Unabhängigen, ebenfalls mit mancherlei Vorwürfen gegen die Bundesleitung, und weiterhin ein Mehrheitssozialdemokrat folgte.

Soziales und Provinzielles.

Salver, den 22. Juni 1922.

□ Sonnenwende und Johannisfest. (24. Juni.) Ein Fest der Liebe war der Tag der Sommer Sonnenwende im alten Germanen, ein Fest, das man zu Ehren der Liebes- und Ehegöttin Freya feierte und zu Ehren Odins als ein mythisches Sinnbild der Vermählung des himmlischen Sonnenlichtes mit der Erde. Im Laufe der Zeit und ganz allmählich wurde durch den Einfluß des Christenglaubens aus dem urgermanischen Fest der Sommer Sonnenwende eine Gedenkfeier an einen jenseitigen christlichen Heiligen und Märtyrer, an Johannes den Täufer. Die alten Bräuche aber, die sich an das Fest der Sommer Sonnenwende knüpften, haben sich den Jahrtausenden zum Trotz erhalten und sind in unseren Johannisbräuchen wiederzufinden. Der älteste und charakteristischste Mitsonnenbrauch ist das Anzünden der Sonnenwendfeuer, aus denen später die Johannisfeuer wurden. Heute noch leuchten die Feuer in der Johannisnacht von den Bergen herab oder glänzen weit über die Ebene hinaus; denn dadurch unterscheiden sich die Johannisfeuer von den gleichfalls uralten Osterfeuern, daß sie nicht ausschließlich als Höhenfeuer, sondern fast mehr noch im flachen Lande abgebrannt werden. Der Feuerbrand des Holzstoßes allein genügt aber oft noch lange nicht; so kommen dann zu den Johannisfeuern manchmal auch Feuerstelen, die man als leuchtende Feuerbälle in die Luft schleudert. Die Wasserbräuche, die sich an den Sonnenwende knüpfen, beziehen sich besonders auf die heilende Kraft des Johanniswassers. Am heilkräftigsten war der Johannisstau. Also war es Brauch, daß man am frühen Morgen des Johannisfestes hinaus- zog und sich in den taumelnden Bächen wälzte; vornehmere Leute zogen es vor, das heilende Wasser mit Tüchern aufzu- fangen und sich dann mit den nassen Tüchern abzurei- ben. Durch Johannisbäder glaubte man allerhand Un- glück fürs kommende Jahr abwenden zu können. Dann sind noch die Johannisstränge. Man windet sie aus Fels- blumen, am besten aus ganz besonders seidenhinaenden

Johannissträuern, und hängt sie in Haus und Stall auf, weil sie den unheilbringenden Sonnenwendzauber in sich bergen sollen.

□ Die Erhöhung der Fernspreckgebühren, die zum 1. Juli in Kraft tritt, beträgt für alle festen und allgemein gültigen Sätze der Fernspreckordnung 160 Prozent, die an die Stelle des bisher nur 80 Prozent betragenden Zuschlages treten. Ausgenommen von dieser Erhöhung sind alle diejenigen Gebühren, welche nur von Fall zu Fall ein- gezogen werden, also die Gebühren für Verlegungen und die Kosten für die Ausbesserung der Apparate. Ebenso bleiben auch die Bestimmungen über den einmaligen Fern- spreckbeitrag unverändert. Infolge der Erhöhung hat das Reichspostministerium eine außerordentliche Kündigungs- frist festgesetzt. Die Anschlußnehmer können ihre An- schlüsse oder auch die Nebeneinrichtungen zu den An- schlüssen, doppelte Hörer, Wähler usw., deren Gebühren sich ebenfalls erhöhen, bis zum 25. Juni bereits zum 1. Juli bzw. 30. Juni kündigen, so daß durch die Erhöhung der Gebühren eine verkürzte Kündigungsfrist eintritt. Ge- ändert wird die Art der Einziehung der Ortsgebühren, die jetzt nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich er- folgen soll.

— Der „Westfälisch-Lippische Handwerker-

bund“ hielt am 14. Juni in Soest eine Sitzung des erweiterten Vorstandes ab, in der außer den Vertretern der Parteien, sowie der Stadt und des Landkreises Soest eine große Anzahl von Handwerkervertretern aus dem Provinzial-Landtag, den Kreislagen, sowie den Ge- meindervertretungen teilnahmen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Lindenbeck, Osterfeld, hielt Herr Oberbürgermeister Dr. Dehler, Dozent an der Hochschule für Staats- und Wirtschafts- wissenschaften, Detmold, einen Vortrag über die Ent- würfe für eine preussische Städte- und Landgemeinde- ordnung. Geschäftsführer Böckamp-Dortmund berichtete über die Stellungnahme des Handwerks zu den bevor- stehenden Gemeinderahlen. Die Versammlung sprach sich für den Schutz der Selbstständigkeit in der Wirtschaft sowie für den Schutz des Berufsbeamtenstandes aus und lehnte jeden Versuch, schon jetzt irgendwelche Bestimmun- gen über Kommunalisierung pp. in die Städte- und Landgemeindeordnung hinein zu bringen, scharf ab. Der Vorsitzende des Innungsausschusses Münster berichtete über den Bundestag 1922, der in der Zeit vom 9.—11. September in Münster abgehalten werden soll. Am 9. September, nachmittags 4 Uhr, werden Fachverbände, Handwerkskammern und der Vorstand des Bundes tagen. Abends findet ein Begrüßungsabend statt. Am Sonntag, den 10. September, vormittags 11 Uhr wird in 3 Massenversammlungen zu den Tagesfragen Stellung genommen werden. Nachmittags 2 Uhr wird ein Um- zug durch die Stadt veranstaltet, der durch historische Gruppen verziert wird. Am Montag, den 11. Sep- tember, wird ein Vertretertag abgehalten werden, auf dem innere Angelegenheiten des Bundes, sowie Hand- werkerfragen ihre Erledigung finden sollen. Zu der gleichen Zeit wird in Münster eine große Gewerbechau veranstaltet werden.

— Spanischer Zollanschlag. Wie bereits aus

den Zeitungen bekannt, ist seit dem 1. Juni d. Jrs. in Spanien ein Zollzuschlag für Waren aus Ländern mit sehr entwerteter Valuta in Kraft getreten. Unter ge- wissen Umständen kann jedoch eine Befreiung eintreten und zwar: 1. für Waren, a) welche sich bei der am 31. Mai d. J. erfolgten Verflüchtigung betreffender Ver- ordnung bereits in zollamtlicher Behandlung befanden, b) für Waren, welche die Herstellungsorte vor dem 1. Juni d. Jrs. verlassen hatten und zwar dies entweder mit direktem Verladepapiere nach Spanien oder wenn sie in Eisenbahn-Frachtbriefen oder Verlade-Erklärungen enthalten sind, welche von den zuständigen spanischen Konsulen beglaubigt sind und endlich diejenigen Güter, welche sich in spanischen Freilagern befinden, falls diese innerhalb 5 Tage zur Abfertigung erklärt werden. 2. für die Waren, welche vor dem 29. Mai d. Jrs. fest verkauft waren, wenn dafür ein diesbezüglicher schrift- licher Antrag bei dem zuständigen Konsulat eingereicht wird, dem alle erforderlichen Original-Unterlagen bei- zulegen sind. In diesem Antragsschreiben sind alle Ein-

Mag auch die Liebe weinen.

Roman von Fr. Lehne.

30 (Nachdruck verboten)

Langsam ging Lore Berger, die Kinder an der Hand haltend, den breiten Weg nach dem Monastere zu. Unermüdlich plapperte das Mädchen Ossi; er beobachtete andere Kinder und sah, wie sie sich in dem weichen Schnee kugelten, ihn zusammenrafften und sich damit warfen. Dieses Spiel wirkte ansteckend. Er riß sich von seiner Begleiterin, griff auch in den Schnee und warf seinem unbefangenen Schwesterchen eine Hand- voll ins Gesicht. Die zahlte es ihm heim; dann ver- einigten sich beide gegen Lore, die sie lachend mit Schnee überhäufte, so daß sich das junge Mädchen kaum des Ueberfalls erwehren konnte. Sie bückte sich formte Schneefälle, warf die Kinder damit und bald hatte sich ein regelrechtes Gefecht zu aller Freude ent- wickelt.

Gutmütig ließ Lore sich alles gefallen. Ihre blaue gestrickte Jacke war über und über mit Schnee bedeckt. Ossi warf ihr die weiche lähle Masse ins Gesicht, daß sie in Flecken an ihrem Haar und an den Wimpern hing, wo sie zu großen schimmernden Perlen anstauten.

Und wenn beide das „Kräulein“ besonders gut getroffen hatten, lachten sie lachend auf und wurden des lustigen Spieles nicht müde.

Mit einem Male bekam das vergnügte Alceblatt schnell hinterher von fremder Hand je einen wohl- gezielten „Wurf“. Geschreckt blickten sie sich gegenseitig an. „Ossi! Müdiger!“ jauchzte Ossi da auf und ließ dem Herrn entgegen, der in einiger Entfernung von ihnen stand und eben zum neuen Wurf ansetzte. Und — „Ossi! Müdiger!“ jubelte auch Cäcilie und folgte dem Bruder, so schnell es ihre Geschwindigkeit gestattete.

Lore war rot geworden. Verlegen stand sie da, sah den Schnee von den Kleidern klopfend. Sie hatte sich doch so recht wie ein dummes, übermütiges Schül- mäschen benommen und nicht wie eine Lehrerin, der die, gräßlich Altwördenen Kinder anvertraut waren! Ein wenig fürchtete sie die strengen, kritischen Augen des Regationsrates, der immer so ernst, so gemessen und zugeknöpft war. Und doch bewunderte sie ihn im stillen.

Wie vornehm sah er aus in dem Gehpelz mit dem Besianertragen, der seine hohe, schlanke Gestalt um- schloß! Seine Gesichtsfarbe war gebräunt von einer südlichen Sonne; die etwas große Nase sprang scharf und charakteristisch hervor aus dem schmalen Nasengebiet. Der kurzgeschlittene, dunkelblonde Bart über der Ober- lippe des klugen, schmalen Mundes ließ ihn sehr jung erscheinen, trotzdem das Haar an den Schläfen schon einen leichten, silbernen Schimmer hatte. Seine Hal- tung war straff und militärisch. Dem schönen Bruder sah er gar nicht ähnlich. — Lore fühlte in seiner Nähe immer ein gewisses Herz klopfen, und doch gefiel er ihr ausnehmend gut.

„Na, ihr kleine Gesellschaft!“ rief der Regationsrat lachend, „wo soll es denn hingehen? Ihr seht ja aus wie die Schneemänner!“

„Kommt mit, Ossi, kommt! Wir wollen die wil- den Enten am Kleinfesselhofer See füttern.“

Unverhohlen warf ihm Ossi dabei eine Handvoll Schnee ins Gesicht mit seinen kleinen, freckroten Hän- den, von denen er längst die ihm lässig gewordenen Fausthandschuhe abgestreift hatte.

„Warte, du Schlingel!“

Der Regationsrat erwiderte den Angriff, zur höch- sten Belustigung der Kinder, und setzte dann mit ihnen den Weg fort.

Die Kinder hängten sich an ihn, sprachen auf ihn los und waren so ausgelassen, daß Lore sie leise er- mahnen mußte.

Es war das erstmal, daß sie neben ihm herging und daß er sich eingehend mit ihr unterhielt. Er fragte sie nach ihrer Heimat, und er hatte eine so freundliche Art, daß sie alle Ecken vorlor und mit ihm plauderte, als sei er ein alter Bekannter. —

Diese kurze Stunde in seiner Gesellschaft blieb ihr eine köstliche Erinnerung. Sie setzte sich auch darüber hinweg, daß die Gräfin Altwörden ihr bittere Vorwürfe über das Schneefallgefecht machte, von dem die Kinder glückselig und abnungslos bei Tische erzählt hatten. „Ich begreife nicht, Fräulein Berger, wie sie so unvorsichtig und gedankenlos mit Ossis Gesundheit schal- ten können! Sie wissen, wie zart er ist! Eine Lungen- entzündung könnte die Folge Ihrer unbedachten Hand- lungsweise sein.“

Der Graf wagte eine leise Einrede; doch seine Frau

sah ihn so vernünftig an, daß er achselzuckend schweig.

Trotz seines heftigen Widerstrebens mußte Ossi sofort ins Bett und bekam heißen Fiebertee zu trinken, um der „sicheren Erkältung“ vorzubeugen.

Am nächsten Abend stellte sich der Regationsrat

zum Souper ein; mit ihm war eine bescheidenere Fam- lie geladen, die aber in letzter Stunde abgelenkt wurde, da sie unerwarteten Besuch bekommen hatte.

Gräfin Zella war deswegen in schlechter Laune. Das konnte ein schöner Abend werden, mit Mann und Schwager! Sie verbar ihre Verdrüßlichkeit darüber gar nicht. Sie saßen im Wohnzimmer, und während Zella in einem Buche blätterte, sprachen die Herren über gleichgültige Dinge. Ottomar blickte zuweilen steu- nach seiner Frau.

Der Diener brachte die letzte Post. Ein Brief an „Fräulein Lore Berger“ befand sich darunter. Neugierig drehte ihn die Gräfin einen Augenblick in der Hand und warf ihn dann gleichgültig zurück auf das Tablett.

Ottomar wurde unwillkürlich blaß — er sah die Handschrift an — doch, die er vermutet, geschrieben hatte, war es nicht. — Ein Blick hatte ihm genügt, zu zeigen, daß die Adresse von einer ihm völlig fremden, energis- chen Männerhand geschrieben war. Räuberisch war es ihm, sich solche Gedanken zu machen!

Von draußen, von der großen Diele her, klang das Lachen und Jubeln der Kinder. Zella und die Herren lachten darauf.

„Der geistige Spaziergang im Schnee hat Ossi an- scheinend doch nichts geschadet“, bemerkte Müdiger mit seinem Spott.

„Weil ich vorabengut habe!“ entgegnete Zella scharf. „Wenn ich mich nicht um alles kümmerte! Die Berger ist wirklich unverwundbar! Ich weiß nicht, ob ich sie noch lange behalte. Man kann ihr ja nicht mal ruhig die Kinder anvertrauen!“

„Meine Ansicht ist, daß eure Kinder wohl nirgend- besser aufgehoben sind, als bei dieser jungen Dame.“ Zella fixierte ihn spöttisch.

„Ach, wohl, weil sie so hübsch sein soll. — wie wenigstens Ottomar behauptet. Hast du das auch ge- funden?“

Fortsetzung folgt.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?
(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

Warenplätze	20. 6.		19. 6.		Stand 1. 6. 12
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland 100 Gulb.	1220,70	12240,80	126 9,15	126 0,85	170 Mt.
Dänemark 100 Kron.	6751,55	6768,45	6361,25	6373,75	112
Schweden 100 Kron.	8124,80	8145,20	8339,55	8360,45	112
Norwegen 100 Kron.	5 93,15	5398,65	5543,05	5556,95	112
Schweiz 100 Franc	6042,40	6057,60	6182,25	6197,75	72
Amerika 1 Dollar	319,10	319,90	325,59	326,41	4,40
England 1 Pf.	1400,70	1404,30	1449,61	1444,39	20,20
Frankreich 100 Franc	2731,55	2738,45	281 6,45	2813,55	80
Belgien 100 Franc	2601,70	2608,30	2671,65	2678,35	80
Italien 100 Lire	1538,05	1541,95	1593,90	1602,10	80
D.-Österr. 100 Kron.	2,06 1/2	2,09 1/2	2,30 1/2	2,34 1/2	85
Ungarn 100 Kron.	14,55	14,65	14,20	14,30	85
Tschechien 100 Kron.	607,20	608,80	627,20	628,80	

Berlin, 20. Juni. Polenmarkt an der heutigen Börse 7,25 Pf.

* Berliner Produktbörse vom 20. Juni. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 785—795, in einem Falle 805 ab Gießen. Roggen, märkischer 592—597, pommerscher 590—593. Malt. Sommergerste 698—715. Weizen, holländ. 638—648, vordommerscher 628 bis 638. Malt. Mais ohne Provenienzanzeige prompt 532—535 ab Hamburg, loco ab Speicher 568—572. Malt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1975—2120, feinste Marken über Notiz bezahlt. Still. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1475—1575. Roggen, Weizenkleie 445—455. Unverändert. Roggenkleie 440—460. Unverändert. Rayn 1250—1300. Unverändert. Weizen 1250—1300. Unverändert. Erbsen, Viktoria 700 bis 725, kleine Speiseerbsen 596—610, Futtererbsen 570—590, Weizen 570—590, Ackerbohnen 570—590, Widen 660—720, Lupinen, blaue 505—535, gelbe 680—725, Bohnen 400—550.

Leinfuchsen 800—830, Trockenschmelz 400—410, vollw. Zucker, Schmelz 550—600 Markt. — Rauhputz. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drabgepr. Roggen- und Weizenstroh 135—145, beß. Haferstroh 135—145, bindjadengepr. Roggen- und Weizenstroh 125—140, gebünd. Roggenlangstroh 140—150, loses und gebündeltes Krummstroh 100—120, Häcksel 175—190, handelsüb. Heu 265—290, gutes Heu 290—315 Markt.

* Kartoffelnotierungen in Berlin (amtlich) pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märkischen Stationen: Erbsenkartoffeln, weiße und rote, 100—105 Markt.

* Die erhöhten Gütertarife der Eisenbahn. Wie bereits in der Öffentlichkeit bekannt, steht wegen der Erhöhung der Verantw. und Arbeiterlöhne und der weiteren starken Erhöhung der Materialpreise eine Steigerung der Güter-, Tier- und Erzeugnispreise zum 1. Juli um 25 Prozent bevor. Die Ersparnismassnahmen innerhalb der Reichsbahnverwaltung schreiten vorwärts. So ist beispielsweise der relative Kohlenverbrauch der Reichsbahn im abgelaufenen Jahr (1921) um über 18 Prozent gesunken. Die wirtschaftliche Verwendung des Personals ist durch eine neue Arbeitsregelung sichergestellt, die auf Grund einer Vereinbarung mit dem Personal zustande gekommen ist.

* Lichtreflexe wieder zugelassen. Die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln wird in Kürze aufgehoben werden. Damit treten die reichsrechtlichen Bestimmungen über die Lichtreflexe außer Kraft, die Zuständigkeit der Länder auf diesem Gebiete wird wieder hergestellt. Die Länder werden ihrerseits Anordnungen erlassen, um Auswüchsen der Lichtreflexe oder im sonstigen Beleuchtungsweisen entgegenzutreten.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Lohnverhandlungen im Bergbau.) Im Anschluß an die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau haben am vergangenen Sonnabend die Lohnverhandlungen für die übrigen Steinkohlen- und die Braunkohlenreviere im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. In der Wehrabst

der Fälle verständigten sich die Parteien untereinander. Wo eine Verständigung nicht möglich war, wurden die Lohnforderungen besonderen Schlichtungsausschüssen unterbreitet, die Schiedssprüche fällten, über deren Annahme sich die Parteien bis zum 29. Juni zu erklären haben. Die Regelung lehnt sich für die Steinkohlenreviere an die für das Ruhrgebiet vorgegebene an; für die Braunkohlenreviere war eine Sonderregelung erforderlich.

Unstern. (Christliche und sozialistische Bergarbeiter.) Der Kongreß der Christlichen Bergarbeiter-Internationalen schloß seine Arbeiten mit der Annahme einer Entschließung, welche die Unvereinbarkeit der Grundsätze der christlichen und der sozialistischen Bergarbeiterschaft feststellt. Die christlichen Bergarbeiter wünschen aber die Zusammenarbeit mit allen Bergarbeitern der Welt überall da, wo es sich um bestimmte Ziele handelt, die mit ihren Grundsätzen nicht im Widerspruch stehen.

Kassutta. (Großer Streik.) In Indien ist ein gewaltiger Streik unter den indischen Seelenten ausgebrochen. Gegen 30 000 indische Matrosen und Seizer und Steuermänner der in den indischen Häfen liegenden Schiffe haben die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Streiks liegt in der Befürchtung, daß die Lohnsätze der Zeit vor dem Kriege wieder eingeführt werden.

Schriftleitung: Wlth. Bell, Halver i. Westf.

Das Geheimnis

alle Hautunreinheiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blüthen, Hautröte, Pickel, Pusteln u. s. w. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten **Rechenferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstr.

Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute nachmittag 4 1/2 Uhr verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzlähmung unser innigstgeliebter, herzensguter und treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater und Onkel

Wilhelm Flüss

im Alter von 71 Jahren.

In tiefer Trauer:

Minna Bremicker geb. Flüss
Emma Glörfeld geb. Flüss
August Bremicker
Hugo Glörfeld
und 6 Enkelkinder.

Ehringhausen b. Oberbrügge und Hagen (Westf.),
den 20. Juni 1922

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr vom Sierbehaue aus statt.

Statt Karten.

Albert Mock
Bertchen Mock

geb. Bremicker

Vermählte.

Halver, 22. Juni 1922.

Kranken- und Sterbekasse Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung von
F. W. FÜR

wollen sich die Mitglieder am Freitag, den 23. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr im Vereins-hause Fasbender zahlreich einfinden.

Der Vorstand.

Auf Teilzahlung

Manufakturwaren

H. Seidemann
Altenbagerer
Brücke 3
Hagen
Westf.
Röcke
Blusen
Mäntel
Kostüme
Kleider
Anzüge

Bequeme Abzahlung

Walter

Hageböcker

in Halver!

Sonntag, 25. Juni 1922,
im grossen Saale der Carlshöhe:

Martha

Komische Oper

in 4 Akten von W. Friedrich,
Musik von F. von Florow.

Musikalische Leitung: Otto Blüthner
Spielleitung: Walter Hageböcker.

Anfang 6 Uhr. — Ende gegen 9 Uhr.
Alles Nähere ist aus den ausgehängten
Plakaten zu ersehen.

Kartenverkauf bei den Frisuren Fr. Hedderich und Heiner Schulte in Halver.

Größere Anzahl Arbeiter

für sofort oder in 14 Tagen
gesucht (ältere, jüngere, auch
Mädchen oder Frauen).

Raiser & Spelsberg,
Elektrotechn. Fabrik
Schalksmühle i. Westf.

Eier!

Kaufe jedes Quantum
von Selbstherzeuger
zu höchsten

Tagespreisen.

Max Laifle,
Oberbrügge.

Telefon Amt Halver 231.

Geschäftsbücher

— liefert und stellt her —

Wlth. Bell jr., Halver

Buchdruckerei . . . Buchbinderei.

Wanderklub „Heimatklänge“

Ehringhausen-Oberbrügge.
(Mitgl. des Verb. der deutschen Jugendherbergen).

Sonntag, den 25. Juni 1922
im Saale des Herrn Fritz Wilke, Ehringhausen

Konzert

verbunden mit
theatralischen Aufführungen und Reigen-tänzen.

Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang punkt 4 1/2 Uhr.
Der Reinertrag ist für den Verband der
deutschen Jugendherbergen bestimmt.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.



Landwehr-Verein
Schalksmühle.

Am Samstag, den 24.
ds. Mts., 8 Uhr abends
General-
Bersammlung

im Café Schulz.
Tagesordnung:
1. Festangelegenheiten
2. Gründung einer Sterbekasse
3. Verschiedenes.
Teilnahme aller Kameraden dringend erwünscht

Zukunft!

Glück, Reichtum, Eheleben,
Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Gebe Rat in Ehe, Geschäft und Streben. Nur Geburtsdaten und Schrift einreichen. Streng reell und wissenschaftlich. Viel Dank-schreiben aufzuweisen.
Thews, Hannover. Ulanenstr. 3.

Hohe Belohnung! Gold. Medaillon

in Halver oder bis Schmidhausen
verloren.
Vor Ankauf wird gewarnt! Abzugeben in der Geschft. des Allg. Anz., Halver.

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wischbürsten
Abseifbürsten
Handseger
Haarbesen
Straßenbesen

empfiehlt

Wlth. Bell jr.,
Halver.

Gras-Verkauf

für Herrn August Becker hier am Samstag, den 24. Juni, 5 Uhr nachmittags Sammelplatz beim Unterzeichneten.

Ernst Koch, Auktionator, Kierspe.